

## Neue Dynamiken in Nahost

### 2011 WAR EIN EREIGNISREICHES JAHR FÜR DIE PALÄSTINENSISCHEN GEBIETE

Das Jahr 2011 war auch in den Palästinensischen Gebieten vor allem vom „Arabischen Frühling“ gekennzeichnet. Zwar kam es weder im Westjordanland noch dem Gazastreifen zu einem Regimesturz und nicht einmal zu Massendemonstrationen, dennoch sind die Auswirkungen beträchtlich. Ohne die Ereignisse in Ägypten wäre es zweifelhaft gewesen, ob die (bisher erfolglosen) Versuche zur Wiedervereinigung der beiden Gebiete aber auch die Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit durch die islamistische Hamas stattgefunden hätten.

Die Lage in den Palästinensischen Gebieten war 2011 vor allem durch drei miteinander verwobene Themen gekennzeichnet:

1. Das Bestreben der Palästinenser Vollmitglied bei den Vereinten Nationen (VN) zu werden.
2. Der Gefangenenaustausch zwischen der islamistischen Hamas und Israel.
3. Mehrere Versuche, eine Aussöhnung zwischen Fatah und Hamas herbeizuführen.

Auch wenn gerade die letzten beiden Punkte in enger Verbindung zu den regionalen Umbrüchen stehen, so ergibt sich der Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen auch aus den internen politischen Entwicklungen seit 2005. Durch die Parlamentswahlen von 2006, die von internationalen Beobachtern als frei und fair eingeschätzt wurden, errang die Hamas eine absolute Mehrheit. Nachdem mehrere Versuche scheiterten, eine Einheitsregierung mit der Fatah zu bilden, und die Hamas befürchtete, die Fatah plane einen militärischen Umsturz, übernahm sie

im Juni 2007 in einer militärischen Kommandoaktion den Gazastreifen. Seitdem sind die Palästinensergebiete zweigeteilt. Es gibt zwei Regierungen und alle nationalen Wahlen wurden verschoben, so dass weder die Kommunen noch das Parlament oder der Präsident über eine demokratische Legitimität verfügen. Im Westjordanland übernahm Salam Fayyad die Regierung und baute durch einen ambitionierten Zweijahresplan staatliche Institutionen auf, bekämpfte Korruption und Polizeigewalt, schuf rechtsstaatliche Strukturen und förderte die Privatwirtschaft. Die Abhängigkeit von ausländischen Gebern konnte er aber nicht wie geplant beenden.

Für Präsident Mahmoud Abbas stand fest, dass dieses Programm mit der Vollmitgliedschaft in den VN enden müsse. In seiner Rede vor der VN-Generalversammlung im September 2011 warb er dafür und versicherte der internationalen Gemeinschaft, dass die Palästinensische Autonomiebehörde weiterhin die Zweistaatenlösung verfolge und es keine Rückkehr zur Gewalt geben werde. Trotz allem schafften es die Palästinenser nicht, die notwendige Mehrheit von neun Stimmen im Sicherheitsrat zu erlangen. Das lag u.a. am Druck der USA auf kleinere Sicherheitsratsmitglieder. Hätten die Palästinenser eine Mehrheit erreicht, wären die USA gezwungen gewesen, von ihrem Vetorecht Gebrauch zu machen. Da diese Entwicklungen zu erwarten waren, versuchten die Palästinenser in jüngster Zeit VN-Unterorganisationen beizutreten. Ende Oktober wurden sie so Mitglied in der UNESCO. Sollten sich die Palästinenser dafür entscheiden, vor die Generalversammlung zu treten, um ihren Status aufzuwer-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

FELIX DANE  
JÖRG KNOCHA

14. Dezember 2011

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

ten, ist ihnen eine Zweidrittelmehrheit nahezu sicher. Neben der Erwähnung der Staatlichkeit hätte dies zur Folge, dass sie Vollmitglied des Internationalen Strafgerichtshofs werden könnten. Es ist zu erwarten, dass die Palästinenser auch weiterhin versuchen werden, Vollmitglied zu werden.

Durch die hohe Aufmerksamkeit für die VN-Initiative sah sich die Hamas unter Druck gesetzt, eigene Erfolge vorzuweisen. Aber auch die zunehmende Instabilität des syrischen Regimes zwang die Hamas zum Handeln. Neben Teheran ist Syrien der wichtigste Verbündete der Islamisten, u.a. weil dort die Führung ihres Politbüros sitzt. Laut palästinensischen und israelischen Medien schätzt die Hamasführung die Situation als so bedrohlich ein, dass viele ihrer dort lebenden Funktionäre bereits aus dem Land abgereist sind. Daher ging die Hamas nie dagewesene Kompromisse ein, um einen Gefangenenaustausch mit Israel zu erreichen. So akzeptierten die Islamisten, dass die bekanntesten Gefangenen, wie Marwan Barghouti, nicht freikamen und dass einige Freigelassene ins Exil mussten. Aber auch Israel gab nach. Für den im Juni 2006 entführten Soldaten Gilad Shalit werden in mehreren Stufen 1027 Palästinenser freigelassen. Von den bisher entlassenen Gefangenen hätten 280 lebenslängliche Haftstrafen zu verbüßen gehabt.

Da ein internationaler Kritikpunkt an den VN-Plänen war, dass die Palästinensergebiete weiterhin gespalten sind, gab es 2011 verstärkte Bemühungen einer Aussöhnung zwischen Fatah und Hamas. Das Kairoer Versöhnungsabkommen vom Mai wurde jedoch nie umgesetzt. Dass es im Herbst einen erneuten Versuch gab, liegt auch an der bisher erfolglosen VN-Bewerbung. Dadurch ist die Fatah geschwächt. Beim Treffen zwischen Präsident Abbas und Hamas-Politbürochef Khaled Meshal im November in Kairo standen sich so zwei etwa gleichmächtige Parteien gegenüber. Es ging bei diesem Treffen vor allem um die Bildung einer Interimsregierung, welche die für Mai 2012 geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorbereiten soll. Ein Knackpunkt dabei war erneut die Personalie Fayyad. Während ihn Abbas behalten möchte, ist

er für die Hamas ein rotes Tuch. Fayyad selbst hat bereits angekündigt, dass er für die Sache der Aussöhnung bereit wäre zurückzutreten.

**Die Chancen für neue Friedensverhandlungen**

Die Aussichten für neue Friedensverhandlungen sind derzeit negativ zu bewerten. Die Position der israelischen Regierung von Benjamin Netanjahu zum Friedensprozess lässt sich auf sieben Punkte reduzieren: (1) keine Verhandlungen mit einer von der Hamas unterstützten Regierung, (2) Notwendigkeit der Anerkennung Israels als Heimatstätte der Juden durch die Palästinenser, (3) ein zukünftiges Palästina muss demilitarisiert sein und darf nicht das Jordantal kontrollieren, (4) Lösung der palästinensischen Flüchtlingsfrage nur außerhalb der Grenzen Israels, (5) Grenzen von 1967 sind nicht zu verteidigen und Israel wird die Siedlungsblöcke im Westjordanland behalten, (6) Jerusalem ist unteilbare Hauptstadt Israels, (7) jeder Friedensvertrag muss eine Deklaration zum endgültigen Ende des Konflikts und den Verzicht auf zukünftige Forderungen enthalten.

Der Standpunkt der Palästinenser dazu ist klar. Präsident Abbas machte 2011 immer wieder deutlich, dass die zu bildende palästinensische Technokratenregierung aus unabhängigen Mitgliedern bestehen wird und lediglich zwei Ziele hat: die Vorbereitung von nationalen Wahlen für den Mai 2012 bzw. die Wiedervereinigung von Westjordanland und Gaza. Für Friedensverhandlungen mit Israel sei aber weiter er selbst zuständig. Der Chefunterhändler Saeb Erekat sieht außerdem keine Notwendigkeit, Israel als jüdischen Staat anzuerkennen. Dies sei lediglich eine Selbstdefinition. Eine fortdauernde israelische Sicherheitspräsenz im Jordantal lehnen die Palästinenser strikt ab. Auf den Aufbau eines Militärapparates könnte hingegen verzichtet werden, so lange die Existenz einer robusten Polizei gewährleistet ist. In einem Treffen im Februar 2009 mit dem damaligen amerikanischen Sondergesandten für den Nahen Osten, George Mitchell, gestand Erekat ein, dass „*Palästina keine Armee, Marine und Luftwaffe haben wird*“, je-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

FELIX DANE  
JÖRG KNOCHA

14. Dezember 2011

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

doch die Hilfe einer dritten Partei nötig sei. Dass eine Mehrzahl der laut den Vereinten Nationen etwa fünf Millionen palästinensischen Flüchtlinge, die zum großen Teil außerhalb Israels geboren wurden, nicht „zurückkehren“ wird, ist ein offenes Geheimnis. Der *Guardian* berichtete im Januar 2011, dass Präsident Abbas in privaten Gesprächen die Forderung an Israel, alle Flüchtlinge zurückkehren zu lassen, als „unlogisch“ bezeichnete. Dies würde „das Ende Israels“ bedeuten. Auf eine symbolische Rückkehr einiger Tausend Palästinenser ist man aber nicht bereit zu verzichten. Die Grenzen vom 4. Juni 1967, dem Tag vor dem Ausbruch des Sechs-Tage-Krieges, bleiben für die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) Grundlage für jegliche Friedensverhandlungen. Diese könnten aber nur dann stattfinden, wenn Israel den Siedlungsbau komplett stoppt. Unter diesen Bedingungen wären die Palästinenser bereit einem Landtausch im Verhältnis 1:1 zuzustimmen. Laut einem Memorandum der Negotiations Support Unit (NSU), dem wissenschaftlichen Dienst der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), muss das ausgetauschte Land aber nicht nur in Quantität, sondern auch in Qualität gleichwertig sein. Ähnlich verhält es sich mit Jerusalem. Laut der „Palestine Papers“ sind die Palästinenser auch in diesem Bereich zu großen Zugeständnissen bereit. Dabei handelt es sich um etwa 1600 vertrauliche Dokumente, die vom September 1999 bis zum September 2010 reichen und die hunderte Treffen zwischen Palästinensern, Israelis und Amerikanern abdecken. Laut der vom arabischen Satellitenfernseher al-Jazeera veröffentlichten Dokumente, boten die palästinensischen Verhandlungsführer den Israelis an, sie könnten nahezu alle jüdischen Siedlungen in Ost-Jerusalem behalten. Gleichzeitig ist man aber nicht dazu bereit, auf die komplette Altstadt sowie den Status Ost-Jerusalems als Hauptstadt eines zukünftigen Staates zu verzichten. Da die Palästinenser einen umfassenden Friedensvertrag mit Israel anvisieren, stellt sich die Frage nach späteren Forderungen für sie nicht.

Viele der Forderungen der Palästinenser werden durch internationale Resolutionen und Beschlüsse unterstützt. So spricht sich

die Europäische Union (EU) immer wieder für einen israelischen Siedlungsbaustopp aus. Die israelischen Siedlungen im Westjordanland und Ost-Jerusalem nennt sie völkerrechtlich illegal und ein Hindernis für den Frieden. Vergleichbar eindeutig spricht sich die EU für die Grenzen von 1967 aus. Änderungen könnte es nur im gegenseitigen Einvernehmen geben. Jerusalem gilt dabei als zukünftige Hauptstadt beider Staaten. Auch die Flüchtlingsfrage wird dabei nicht beiseite gelassen. Gefordert wird eine gerechte und realistische Lösung. Daher sind einige Forderungen der Regierung Netanjahu für die EU und den Großteil der internationalen Gemeinschaft inakzeptabel. Die Unteilbarkeit Jerusalems wird von keinem einzigen Staat anerkannt. Auch die Ablehnung, die Grenzen von 1967 zumindest als Basis für Verhandlungen zu akzeptieren, und die Ankündigung, die Siedlungsblöcke definitiv behalten zu wollen, können keine Voraussetzungen für Verhandlungen sein.

**Brennpunkt Gaza**

Durch die geschilderten Ereignisse fiel ein Großteil der Aufmerksamkeit im Jahr 2011 auf das Westjordanland. Die Situation im verarmten Küstenstreifen wurde nur gelegentlich beleuchtet. Dass die dortige Wirtschaft unter der israelischen Teilblockade leidet und dass das Exportvolumen im Vergleich zur Zeit vor 2007 nur bei etwa 1 Prozent liegt, findet kaum Widerhall. Lediglich wenn Raketen in Richtung Israel abgefeuert wurden oder im Zuge des Gefangenenaustauschs änderte sich dies kurzzeitig.

Berichte über den wachsenden Einfluss der Scharia, des islamischen Rechts, gibt es seit dem Wahlsieg der Hamas in den Parlamentswahlen im Januar 2006 zu genüge. Nach der blutigen Machtübernahme Gazas schien der Weg für die Islamisierung „Hamasans“ frei zu sein. Doch sieht die Realität oft anders aus. Fehlerhafte Berichterstattungen von Medien und Regierungsinstitutionen erschweren es, zwischen Realität und Falschinformation zu unterscheiden. Die *International Crisis Group* nennt Fälle, die bis zu offensichtlichen Falschmeldungen reichen: Berichte über eine Moralpolizei, die nie existierte; ein Dekret über das Verbot

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

FELIX DANE  
JÖRG KNOCHA

14. Dezember 2011

[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)

für Frauen Motorrad zu fahren, das selbst unter säkularen Menschenrechtsaktivisten in Gaza nicht bekannt war; ein israelischer Geheimdienstreport über die Geschlechtertrennung an Schulen der Vereinten Nationen, die in Wahrheit seit Jahrzehnten existiert. Die Ausweitung des Alkoholverbots, das nun für alle Einwohner und Besucher gilt und nicht mehr nur für Muslime, ist allerdings eine Tatsache. Es stellt sich die Frage, ob die Hamas damit ihr wahres, streng islamisches Gesicht zeigt oder nur der Tatsache Rechnung trägt, dass sie eine gläubige Bevölkerungsschicht vertritt, die sie genau dafür gewählt hat, und Gaza schon immer deutlich konservativer war als das Westjordanland.

Seit Ende 2010 zeichnet sich eine langsame Gewalteskalation an der Grenze zwischen Gaza und Israel ab. Die seit dem Ende des Gazakrieges im Januar 2009 geltende inoffizielle Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas wird immer wieder gebrochen. Ein wichtiger Grund hierfür ist die mangelnde Kontrolle der Hamas über den Gazastreifen. Angriffe unabhängig agierender Kleinstgruppen und des Islamischen Dschihad führten immer wieder zu Eskalationen im Süden Israels. Besonders der Islamische Dschihad, die zweitmächtigste Gruppe in Gaza, stellt eine immer größere Gefahr für Israel und eine Herausforderung für das Gewaltmonopol der Hamas dar. Laut israelischen Medien wird die Gruppe auf Kosten der Hamas immer stärker vom Iran unterstützt. Der arabische Satellitensender al-Arabiya berichtete, dass dahinter die Weigerung der Hamasführung steht, sich klar zum wankenden syrischen Regime, dem wichtigsten Verbündeten des Iran, zu bekennen.

**Ausblick**

Auch das Jahr 2012 wird aller Voraussicht nach durch verstärkte Spannungen in der Region gekennzeichnet sein. Die Auswirkungen des „Arabischen Frühlings“ auf die palästinensische Politik könnten beträchtlich sein. Da es nach Jahren der Spaltung auch 2011 zu keiner stabilen innerpalästinensischen Aussöhnung gekommen ist, waren die Regierungen in Ramallah und Gaza bereits im Frühjahr mit ersten populären Unmuts-

äußerungen konfrontiert. Das könnte sich noch verschärfen, sollten die für Mai geplanten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erneut verschoben werden. Die bisherigen regierungskritischen Proteste in Gaza und dem Westjordanland wurden u.a. über das soziale Netzwerk *Facebook* organisiert. Dort gibt es bereits intensiver werdende Debatten von palästinensischen Jugendlichen über ihr eingeschränktes Leben und ihre Hoffnungen, sich in einer sozialen Bewegung zu organisieren. Dass diese Diskussionen nicht innerhalb einer privilegierten Elite stattfinden, zeigen die Mitgliedszahlen von *Facebook*, die der Arab Social Media Report der Dubai School of Government im Januar 2011 veröffentlichte. Ende 2010 waren über 474.000 Palästinenser dort registriert, was einem Bevölkerungsanteil von mehr als zehn Prozent entspricht – deutlich mehr als z.B. in Ägypten. Über 80 Prozent davon sind jünger als 30 Jahre.

Aber auch das Verhältnis zu Israel wird durch das palästinensische Bestreben, VN-Vollmitglied zu werden und den anhaltenden israelischen Siedlungsbau, spannungsgeladen bleiben. Nach dem Ende des teilweisen Siedlungsbaumoratoriums im September 2010, begann Israel, tausende neue Wohneinheiten nicht nur im Westjordanland sondern vor allem in Ost-Jerusalem zu bauen. Dadurch ähnelt das Westjordanland immer mehr einem Flickenteppich, der die Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates immer unwahrscheinlicher macht. Die meisten dieser Siedler leben zwar aus wirtschaftlichen Gründen im Westjordanland, doch gibt es auch eine kleine Minderheit, die selbst vor Gewalt nicht zurückschreckt. Für 2012 ist mit vermehrten Anschlügen radikaler jüdischer Siedler zu rechnen, deren Gewaltakte bereits 2011 massiv zugenommen haben. Das liegt vor allem an der geplanten Räumung einiger auch nach israelischem Recht illegaler Außenposten im Westjordanland. Solche Attacken könnten zu friedlichen Solidaritätsdemonstrationen an israelischen Kontrollpunkten oder in der Nähe von Siedlungen im Westjordanland führen. Es ist aber möglich, dass diese Proteste in Gewalt umschlagen.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**PALÄSTINENSISCHE  
GEBIETE**

FELIX DANE  
JÖRG KNOCHA

**14. Dezember 2011**

**[www.kas.de/ramallah](http://www.kas.de/ramallah)  
[www.kas.de](http://www.kas.de)**

Sollte es das syrische Regime nicht schaffen, die landesweiten Demonstrationen unter Kontrolle bringen, scheint ein Bürgerkrieg unvermeidlich. Aber auch der Iran steht auf Grund seines Atomprogramms unter immer größerem internationalen Druck. Auch wenn unklar ist, in wie weit die Hamas noch den Anweisungen aus Iran und Syrien folgt, verfügen beide Länder weiterhin über Verbündete in der Region. Provokationen des Islamischen Dschihad in Gaza oder der Hisbollah im Libanon könnten von Teheran und Damaskus als Ablenkung von den eigenen Problemen benutzt werden. Daher ist ein erneuter Nahostkrieg, sei es nun in Gaza oder dem Libanon, für 2012 nicht auszuschließen. Diese neuen Dynamiken machen eine Wiederaufnahme des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses immer notwendiger, wenn auch unwahrscheinlicher.